Die Deindustrialisierung in Deutschland geht weiter

geschrieben von Admin | 14. November 2024

Die Maßnahmen zur Rettung der deutschen Industrie müssen erfolglos bleiben, solange die Energiewende zur Weltklimarettung die Politik bestimmt.

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

Die Hiobs-Botschaften häufen sich. Fast alle Betriebe der Auto- und Chemieindustrie und viele andere Branchen melden Umsatzverluste und Gewinneinbrüche. Sie wollen Standorte schließen und zehntausende Mitarbeiter entlassen, weil die Produktion in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Hauptgrund sind zu hohe Energiekosten durch die Energiewende. Hinzu kommt, dass die Energieversorgung immer unsicherer wird. Die teure Zufallsenergie von Wind- und Solaranlagen kann kein Industrieland sicher versorgen. Mit der geplanten Schließung der Braunkohlenkraftwerke wird die Nutzung des letzten heimischen Energieträgers aufgegeben. Sichere Energie muss Deutschland dann vollständig importieren und wird so leicht erpressbar. Die Industrie braucht preiswerten Strom, der verlässlich rund um die Uhr verfügbar ist. Daher verlegen Firmen, die noch genügend Kapital haben, ihre Produktion in Länder mit einer preiswerten und sicheren Energieversorgung.

Energie vervielfacht unsere Leistung

Energie ist der Schlüssel zum Wohlstand. Der Mensch ist ein schwaches Wesen. Seine Leistung liegt bei 100 Watt. Ein Kilowatt ersetzt die Leistung von 10 Menschen. Diese Leistung steht im Mittel jedem Einwohner in Deutschland rund um die Uhr als Strom zur Verfügung. Das heißt, jeder von uns verfügt mit der Nutzung von Strom über 10 Arbeitssklaven. In den USA sind es über 20. China hat inzwischen europäische Werte erreicht. Hinzu kommt die Leistung aus Treib- und Brennstoffen.

Unseren Wohlstand können wir nur halten und vermehren durch mehr Energie, die Geräte und Maschinen antreibt und Arbeitskräfte ersetzt. Diese Energie muss bezahlbar und jederzeit verfügbar sein. Nur so können wir die sozialen Lasten, die Renten- und Pflegekosten schultern. Auch die Industrie braucht für eine wettbewerbsfähige Produktion mehr preiswerte Energien, die Maschinen mit größerer Leistung und wachsender Automatisierung antreiben.

Hohe Energiekosten und schwankende Verfügbarkeit sind Gift für unseren Wohlstand. Die Energiewende zeigt das immer deutlicher. Seit mehr als 15 Jahren wandert die Industrie aus Deutschland ab. Dies wird deutlich, wenn man sich die Reinvestitionsquote ansieht. Das sind die Investitionen geteilt durch die Abschreibungen in Prozent. Die Quote liegt seit vielen Jahren bei 90 Prozent. Das heißt, 10 Prozent der Anlagen wurden nicht erneuert. Dafür wurde im Ausland investiert. Mit der Ampelpolitik ist die Quote auf fast Null abgesackt. Die Industrie wagt in Deutschland keine Investitionen mehr.

Subventionen retten die Industrie nicht

Mit Subventionen will Wirtschaftsminister Habeck wieder Investitionen ankurbeln. Die Chip-Fabriken in Dresden und Magdeburg sind ein Beispiel. Für den Bau der Fabriken wurden viele Milliarden Euro an Subventionen bereitgestellt. Doch trotz der hohen staatlichen Zuschüsse konnten die investitionswilligen Firmen wohl keine ausreichende Rendite mit den hohen und unsicheren Energiekosten in Deutschland errechnen. Sie haben ihre Ansiedlungspläne zurückgezogen.

Investitionen in Produktionsbetriebe sollten grundsätzlich mit privatem Kapital finanziert werden. Damit übernehmen die Kapitalgeber auch das Risiko von Verlusten. Minister, die mit Subventionen die Industrie stützen und erhalten wollen, gehen dagegen kein Risiko bei falschen Entscheidungen ein. Sie werden nicht zur Rechenschaft gezogen.

Klimaprojekte ohne Erfolgskontrolle

Bei vielen mit Steuern finanzierten Projekten zur Energiewende und zur Weltklimarettung ist dies der Fall. Geld fließt auf Antrag der Projektträger. Eine Kontrolle über die Verwendung und den Erfolg des Projektes findet in vielen Fällen nicht statt. Das hat der Bundesrechnungshof mehrfach festgestellt und bemängelt. Es wird Steuergeld verschleudert. Die zuständigen Minister werden jedoch nicht belangt.

Energievernichtung zur Klimarettung geht weiter

Der bisherige Finanzminister Lindner hat in einem Positionspapier die Lage in Deutschland recht schonungslos dargestellt. Danach sind viele Gesetze überflüssig. Sie binden Fachkräfte in den Firmen für fragwürdige Dokumentationen, vergrößern die staatlichen Verwaltungen und schränken die freie Entscheidung immer mehr ein. Das gilt nach Lindner auch für

die Energie- und Klimapolitik. Doch er will trotzdem die Energiewende zur Weltklimarettung, wenn auch mit Abstrichen, beibehalten. Er will vor allem die CO_2-Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas verringern, ohne die Nutzung fossiler Brennstoffe einzuschränken. Das CO_2 soll aus dem Abgas separiert und unterirdisch langfristig gespeichert werden (CCS: Carbon Capture and Storage). Das Verfahren verbraucht knapp die Hälfte des erzeugten Kraftwerkstroms. Es ist ein Beispiel für Energievernichtung statt für Energienutzung.

Energievernichtung finden wir bei vielen Projekten der Energiewende. Am größten ist sie bei grünem Wasserstoff als Energieträger. Wird Wasserstoff mit Windstrom erzeugt, gespeichert und bei Bedarf in Gaskraftwerken wieder verstromt, gehen 80 % des eingesetzten Windstroms verloren. Die Vergütungskosten von knapp 10 Cent/kWh für den Windstrom steigen auf 50 Cent für den nach der Speicherung wieder erzeugten Strom. Weiter muss Strom vernichtet werden, wenn zu viel erzeugt wird. Sonst wird das Netz überlastet. Die vielen Wind und Solaranlagen erzeugen bei Sonnenschein und Starkwind bereits jetzt Überschussstrom, der zunächst nach dem EEG teuer vergütet und dann kostenpflichtig entsorgt wird. (negative Börsenpreise). Bis Ende Oktober dieses Jahres war dies an 498 Stunden der Fall. Mit jeder weiteren Wind- und Solaranlage muss mehr Strom vernichtet werden. Das Speichern von Strom hat hohe Verluste. Ausreichende Stromspeicher sind nicht bekannt.

Keine Kehrtwende der Energiepolitik

Herr Lindner und die CDU mit Herrn Merz an der Spitze wollen weiter mit der Energiewende das Klima retten. Eine Kehrtwende in der Energiepolitik ist daher nicht in Sicht, wenn Herr Merz die Regierung übernimmt. Die einzige Partei im Bundestag, die die Energiewende beenden will, ist die AfD. Auch die Neugründungen WerteUnion und BSW tendieren in Richtung der etablierten Parteien in dem Thema Energieversorgung. In der derzeitigen politischen Landschaft wird es daher eine Fortführung der Energiewende geben, die die Deindustrialisierung weiter treibt und Wohlstand vernichtet.

Wir brauchen wieder eine realistische Energiepolitik, die auf preiswerten und jederzeit verfügbaren Energieträgern beruht. Das können nur heimische Energieträger sein. Braunkohle ist noch für viele Jahrzehnte vorhanden. Sie muss weiter zur Stromerzeugung genutzt werden. Statt Braunkohlekraftwerke zu schließen, müssen sie ausgebaut werden. Weiter müssen wir durch Fracking die Öl- und Gasvorkommen im Schiefergestein in Deutschland erschließen. Dann brauchen wir nur noch Steinkohle zu importieren, die reichlich auf der ganzen Welt vorhanden ist. Nur so können wir wieder zu einer bezahlbaren und sicheren Energieversorgung kommen, die Deindustrialisierung stoppt und Deutschland wieder wettbewerbsfähig macht.